Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

- Nr. 16. ≥

(Nr. 3123.) Allerhöchster Erlaß vom 30. Marz 1849., betreffend bas der Stadt Langensalza bewilligte Recht zur Erhebung eines Chaussegelbes auf der in ihrer Feldmark belegenen chaussirten Strecke der Langensalza-Tennstädter Straße und der dieselbe mit der heiligenstadt-Gothaer Chaussee verbindenden Chausseeftrecke.

Unf den Bericht vom 23. März d. J. will Ich der Stadt Langensalza bis zur fünftigen Einrichtung einer umfassenderen Wegegeld-Erhebung auf der Langensalza = Tennstädter Straße hierdurch das Recht bewilligen, auf der in ihrer Feldmark belegenen chaussirten Strecke dieser Straße und der dieselbe mit der Heiligenstadt = Gothaer Chaussee verbindenden Chaussesstrecke das Chaussegeld für eine Viertelmeile nach dem Chaussegeldtarif vom 29. Februar 1840, zu erheben, mit der Maaßgade, daß zu B. II. dieses Tarifs von weniger als 2 Stücken Nindvieh oder Eseln, und zu B. III. von weniger als 10 Fohlen, Kälbern, Schaafen, Lämmern, Schweinen oder Ziegen ein Chaussegeld nicht erhoben werden darf. Auch sollen die dem Tarife angehängten Bestimmungen wegen der Chaussee-Polizeivergehen auf die obengedachten Straßenstrecken Unswendung sinden.

Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, ben 30. Marg 1849.

Friedrich Wilhelm.

v. d. Hendt. v. Rabe.

Un die Staatsminister v. d. Hendt und v. Rabe.

(Nr. 3124.) Allerhochster Erlaß vom 4. Mai 1849., betreffend den Angriff der Arbeiten auf der Eisenbahnstrecke von Dirschau nach Danzig.

uf Ihren Bericht vom 17. April d. J. genehmige Ich, mit Borbehalt der Zustimmung der Kammern, daß mit den Erdarbeiten für die beabsichtigte Zweigbahn von Dirschau nach Danzig, soweit als es zur Beschäftigung erwerbloser Arbeiter nothwendig wird, unverweilt vorgeschritten werde. Zugleich bestimme Ich, daß das Recht zur Expropriation derzenigen Grundstücke, welche zur Ausstührung dieser Bahn nebst Zubehör nach dem von dem Ministerium für Handel, Gewerde und öffentliche Arbeiten festzustellenden Bauplane erforderlich sind, so wie das Recht zur vorübergehenden Benutzung fremder Grundsstücke nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Eisenbahn-Unternehmungen vom 3. November 1838. zur Anwendung kommen soll.

Dieser Erlaß ist durch die Gesetzsammlung bekannt zu machen. Charlottenburg, den 4. Mai 1849.

wegen ber Chauffee-Polizeivergeben auf bie abengebachten Strakenfreden Ans

Friedrich Wilhelm.

radi ni rad ina amailiand idalic and dringind v. d. Heybt.

An den Staatsminister v. d. Hendt.

over the me are dimens

(Acre-2018 - M) (Nr. 3125.)

(Nr. 3125.) Berordnung, betreffend die Berlangerung ber Zahlungszeit der Bechsel in Elberfeld und Barmen. Bom 17. Mai 1849.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c.

verordnen nach dem Antrage Unseres Staatsministeriums auf Grund des Arztikels 105 der Verfassungsurkunde, was folgt:

S. 1.

Die Zahlungszeit der Wechsel und anderer Handelspapiere, welche in den Städten Elberfeld und Barmen am 10ten d. M. und an den folgenden Tagen bis zum 25sten d. M. einschließlich zahlbar waren oder zahlbar werden, wird um 14 Tage verlängert. Es werden demnach Wechsel und andere Handelspapiere, deren Zahlungstag der 10te d. M. war, erst am 25sten d. M. fällig, und in gleicher Weise wird der Verfalltag der auf andere Tage des bezeichneten Zeitraumes gestellten Papiere berechnet.

S. 2.

Die Zeit der Erhebung des Protestes, die Wechselverjährung und die sonstigen durch das Wechselrecht bestimmten Fristen richten sich nach dem in Gemäßheit des J. 1. zu berechnenden Zahlungstage.

S. 3.

Die gegenwärtige Verordnung tritt sofort in Kraft. Sie steht jedoch der Gultigkeit der bis zum 21sten d. M. einschließlich geschehenen Protesterhebungen und der sonstigen durch das Wechselrecht bestimmten Handlungen nicht entgegen.

Urkundlich unter Unserer Hochsteigenhandigen Unterschrift und beigebruck= tem Koniglichen Insiegel.

Gegeben Charlottenburg, den 17. Mai 1849.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Gr. v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons.

(Nr. 3125.) - Berordnung, betreffend die Werlangerung der Jahlungszeit ber Wechfel in Efberfelb und Warmen. Wom 47. Mai 1849.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gotten Snaden, König von

verordnen nach bem Amerage Unferes Staatsminfteriums auf Grund bes Alexifels 405 ber Bergaffungsurfunde, was folge:

31 3

Die Jahlungszeit von Wechsel und anderer Handelspapere, welche in Den Städten Eberfeld und Karmen am Ibten di M. und an den solgenden Tagen die zum Lösten d. M. einschließlich zahlden waren oder zahlder werden, wird um 14 Tage verlängert. Es werden deunach Wechsel und andere Handelspapiere, deren Zuhlungslag der ibte de M. war, erst am Issue. Det fällig, und in gleicher Weise wird der Merfallug der auf andere Tage des bezeichneren Zeirraumes gestellten Papiere berechnet.

2.2

Die Zeit der Ethebung des Protesies, die Wechselversahrung und die sonstigen burch bas Wechselrecht bestimmten Fristen richten sich nach dem in Gennäßheir des 3. 1. zu berechnenden Zahlungstage.

.8 3

Die gegenwärtige Verordnung tritt sofort in Rraft. Cie steht iedoch ber Gelligkeit der bis zum Listen d. M. einschließlich geschebenen Protesterhedungen und der sonstigen durch das Wechselrecht bestimmten Handlungen nicht entgegen.

Urfundlich unter Unserer Höchsteigenhandigen Unterschrift und Beigedrucktem Königlichen Instegel.

Gegeben Charlottenburg, ben 17. Mai 1849.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Gr. v. Brandenburg. v. Labenberg. v. Mantenffel. v. Strotha.